

# Das Schlimmste verhindert

**Budget 2017/AFP 2017–2020.** In einer Monster-Budgetdebatte über sechs Sitzungen konnte im Grossen Rat ein weiterer Bildungsabbau an der Volksschule zum grossen Teil verhindert werden. Die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen werden jedoch weiter verschlechtert, ohne dass das Parlament den langfristigen Schaden in Betracht zieht.

Auch wenn dies von verschiedener Seite auffällig vehement verneint wurde – wer gibt schon gerne zu, dass er oder sie etwas dazugelernt hat – so hat das koordinierte Vorgehen der Arbeitnehmerverbände doch dazu geführt, dass einige gewichtige Abbau-Vorschläge der Regierung nun nicht umgesetzt werden. Die eindrückliche Protestkundgebung und die Resolution gegen den Bildungsabbau, die so viele Unterschriften auf sich vereinigen konnte, wie dies im Aargau noch nie vorgekommen ist, wird über das aktuelle Budget hinaus wirken. Zusammen mit der Abstimmung über das Berufswahljahr, das erhalten bleibt, haben beide Ereignisse gezeigt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung genug hat vom Abbau der staatlichen Leistungen und speziell vom Abbau in den Schulen. Auch die vielen kleinen Veranstaltungen an den Schulen und die persönlichen Briefe an die Mitglieder des Grossen Rats haben ihre Wirkung sicher nicht verfehlt. Die Geschäftsleitung des alv dankt allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihre Mithilfe, ohne die die Verbände gar nichts erreichen könnten. So konnte den politischen Entscheidungsträgern deutlich gemacht werden, dass die Basis die Anliegen der Verbände mitträgt.

## Kein Abbau bei der Bildungszeit

Fast alle Mitglieder der Legislative liessen sich davon überzeugen, dass bei den Pflichtfächern der Schülerinnen und Schüler nicht gekürzt werden darf. Denn die Kinder und Jugendlichen im Kanton Aargau verbringen heute schon viel weniger Zeit in der Schule als in den meisten anderen Kantonen. Der Grosse Rat war der Meinung, dass die Fähigkeiten in zentralen Lernfeldern wie Deutsch, Realien,



Der alv dankt allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Kampf gegen den Bildungsabbau – ohne diese könnten die Verbände nichts erreichen. Foto: Simon Ziffermayer.

Musik und handwerklichen Fächern nicht abnehmen dürfen. Eine Mehrheit wehrte sich auch gegen den Abbau bei den ungebundenen Lektionen der Primarschule. Die Argumente, dass so für die Lehrpersonen kaum mehr ein Vollpensum an der eigenen Klasse möglich wäre, und dass die reduzierte Förderung der Kinder in kleinen Gruppen zu einer deutlichen Verschlechterung des Bildungserfolgs führen würde, überzeugten einen grossen Teil der Grossrätinnen und Grossräte. Der Grosse Rat war bereit, für diese beiden Anliegen 11 Millionen Franken mehr zu sprechen, als von der Regierung vorgesehen. Mit Stichentscheid des Präsidenten Marco Hardmeier konnten auch die Beiträge an die Kinder- und Jugendförderung gerettet werden. Ein Wermutstropfen ist der weitere Abbau bei den «Deutsch als Zweitsprache»-Lektionen (DaZ).

Die Vergrösserung der DaZ-Gruppen wird die sprachliche Integration der fremdsprachigen Kinder erschweren.

## Ungenügende Lohnentwicklung

Chancenlos war ein Antrag, die Löhne der Lehrpersonen und des Staatspersonals um 1 Prozent zu erhöhen. Dies sei in der aktuell angespannten Finanzsituation nicht opportun, so die Ausführungen. Bei dieser Argumentation sah die bürgerliche Seite des Parlaments grosszügig über die Tatsache hinweg, dass sie selber diese Finanzmisere mit ihren Entscheidungen zur Steuerpolitik verursacht hat. Vor allem für jüngere Lehrpersonen bis 45 Jahre wird der Kanton Aargau so immer weniger attraktiv. Die Lohndifferenz zu den Nachbarkantonen, die einen garantierten Stufenanstieg kennen, wird jedes Jahr grösser und beträgt nun schon bis 20000 Franken im Jahr. Negative Folgen für die Schulen bei der Rekrutierung von jungen Lehrerinnen und Lehrern sind absehbar und werden von den Schulleitungen bestätigt. Diese kurzsichtige und auf den Budgetausgleich fokussierte Lohnpolitik wird für den Kanton noch grosse Schäden verursachen.

«Die Lohndifferenz zu den Nachbarkantonen, die einen garantierten Stufenanstieg kennen, wird jedes Jahr grösser und beträgt nun schon bis 20000 Franken im Jahr.»»

Neben der ausbleibenden Lohnentwicklung belasten höhere Pensenverpflichtungen die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen zusätzlich. Nachdem Gymnasial- und Bezirksschullehrerinnen und -lehrer schon in den letzten Jahren eine Lektion mehr unterrichten mussten, trifft es nun die Berufsschulen. Ein Affront ist dabei die Behauptung, dass durch diese Verpflichtung die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer nicht erhöht werde. Der Grosse Rat ist sich dieser widerrechtlichen Situation sehr wohl bewusst und hat es im letzten Jahr folgerichtig abgelehnt, die Arbeitszeit der Lehrpersonen extern erheben zu lassen. Die Angestellten des Bildungsbereichs wünschten sich einen Arbeitgeber, der seine Verantwortung wahrnimmt.

### Neues Lohnsystem

Ein Lichtblick in dieser verfahrenen Lohnsituation ist ein neu in den Aufgaben- und Finanzplan aufgenommener Entwicklungsschwerpunkt, der die Ausarbeitung eines neuen Lohnsystems vorsieht, das im Jahr 2019 eingeführt werden soll. Zudem wurde auch ein Postulat überwiesen, das den Regierungsrat auffordert, dem Parlament aufzuzeigen, wie der Kanton Aargau für gut ausgebildete Angestellte lohn-mässig wieder attraktiv werden könnte. Den Lehrpersonen bleibt die Hoffnung, dass diese guten Absichten auch dann umgesetzt werden, wenn sie, wie dies absehbar ist, einige Mehrkosten auslösen werden.

Trotz allem darf das in der Budgetdebatte erreichte Resultat unter den gegebenen finanzpolitischen Rahmenbedingungen als sehr erfreulich bezeichnet werden.

Die hauptsächlichsten Verschlechterungen, die den Schulunterricht direkt betreffen, konnten verhindert werden. Es bleiben jedoch noch viele Baustellen insbesondere in Bezug auf ein konkurrenzfähiges Lohnsystem.

Manfred Dubach, Geschäftsführer alv

## Piazza



### Bildung darf nicht nur «nützlich» sein

Das Wort «Bildung» ist zurzeit wegen der aktuellen Abbaumassnahmen in aller Munde. Nun verstehen aber nicht alle dasselbe unter Bildung, wie uns scheint. Sie dient nicht allein dem Erwerb von Fähigkeiten. Eine Bildung, die diesen Namen verdient, stellt den Menschen und seine Persönlichkeitsentwicklung in den Mittelpunkt. Ihr grosses Ziel ist es, jeden Schüler und jede Schülerin in seiner oder ihrer Entwicklung zu einem gesellschaftsfähigen Menschen zu unterstützen. Für ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben zwingend notwendig sind die Fähigkeit, Meinungen zu hinterfragen (eigene wie fremde), Rücksichtnahme und Akzeptanz gegenüber anderen sowie das Kennen seiner eigenen Möglichkeiten und Grenzen. Nicht zuletzt bilden diese Bedingungen für ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben auch die Grundlage für eine funktionierende Demokratie.

In Spardiskussionen tendieren viele dazu, Fächer hinsichtlich ihres Nutzens für die Wirtschaft zu beurteilen. Dies



Jedes Kind hat das Recht, in seinen Begabungen gefördert zu werden. Foto: Fotolia.

ist unserer Ansicht nach höchst problematisch, da dadurch unbewusst auch Menschen bewertet werden: Was mache ich als Schüler oder Schülerin, wenn ich in einem «unwichtigen» Fach talentiert bin? Und in einem «nützlichen» schwach? So kommen rasch Selbstzweifel auf, was weder den Schülern noch der Gesellschaft nützt. Schliesslich ist es auch unrealistisch zu glauben, Schwächen könnten durch mehr Lektionen ausgeglichen werden.

Jeder Schüler, jede Schülerin hat Neigungen und Begabungen in den unterschiedlichsten Bereichen und auch das Recht, in seinen oder ihren Stärken gefördert zu werden.

### Kulturelle Bildung besonders gefährdet

Besonders häufig unter den Sparhammer geraten die künstlerischen Fächer. Leider ist es immer wieder so, dass Kultur und Kunst in finanzpolitischen Diskussionen unter Rechtfertigungszwang geraten. Dabei ist es die wichtige Aufgabe der Kunst, der Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten, sie dazu zu bringen, für unabdingbar gehaltene Gegebenheiten und Entwicklungen zu hinterfragen und über Alternativen nachzudenken. Diese Fähigkeiten erproben Schülerinnen und Schüler in den künstlerischen Fächern. Sie erhalten dort die Möglichkeit, ein Thema zu hinterfragen und sich auf ihre eigene Art ausdrücken zu lernen – mit Kopf, Herz und Hand.

Die Diskussion um Bildung ist mehr denn je auch eine Diskussion über Gesellschaft und Wirtschaft. Die Frage, welche Gesellschaft wir wollen, sollte die Bildungsdiskussion prägen – gerade jetzt, in einer durch Populisten geprägten Zeit.

Die schnelle Technologisierung und Digitalisierung mit den zu erwartenden Risiken für das gesellschaftliche Zusammenleben erfordern von uns Lehrpersonen, vehement dafür einzustehen, dass bei der Bildung der Mensch als Persönlichkeit im Zentrum steht und nicht die Wirtschaft.

Ursula Hächler, Gabriel Imthurn, Fraktion Musik